Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 8. September 2011
Ausgabe 171
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Aktionstag „Da sein für München“ 4
› Sanierung der Brunnenanlage am Orleansplatz 8
› Ausstellung zum Wettbewerb Quartierszentrum Allacher Bahnhof 9
› Bürgerwerkstatt „Energietechnologien für die Zukunft“ 10
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 11
› Reihe „Einblicke“ im Stadtarchiv München 12
› Stadtarchiv: Vortrag von Professor Rémi Brague 12
› Berkan Karpat: Neuestes Projekt „11.9.11 – DNA der Erinnerung“ 12
› Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach 13
Planungsreferat in eigener Sache **14**
› Gleichbehandlung der islamischen Gemeinde in Perlach 14
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**
› Nachmittagsbetreuungsplätze für Schulkinder in Laim 16
› Bedarf für eine Kindertagesstätte im Bereich des Technologieparks Messestadt Riem 19
› Holt die Nazis von der Straße! Ein Integrationsauftrag an die Münchner Zivilgesellschaft 23
› Nachgefragt: Zehn Jahre KomPro – Erfolge, Kosten, Perspektiven 25
› Eine zweite Synagoge für München – was gibt es Neues? 28
› Muslimische Gräber auf Münchner Friedhöfen 30

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **32**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 9. September, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude stellt in einem Pressegespräch die Ergebnisse einer Befragung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vor. Befragt wurden die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in München zur Lebenssituation lesbischer, schwuler und transgender Kinder, Jugendlicher und Eltern zu folgenden Themen: Wie schätzen die Fachkräfte die Lebenssituation und Entwicklungsrisiken dieser jungen Menschen ein, wie gehen Familien und andere Jugendliche mit dem Thema um, wie verbreitet ist Homophobie in den Schulen und an jugend-typischen Orten – und wie ist die Kinder- und Jugendhilfe selber zu diesem Thema aufgestellt?

Wiederholung
Freitag, 9. September, 11 Uhr, Ludwig-Maximilians-Universität, Dekanat der Fakultät 10 (B 113, 1. Stock, Gang vom Speerträger), Geschwister-Scholl-Platz 1
Pressegespräch mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Professor Dr. Julian Nida-Rümelin, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Philosophie und Inhaber des Lehrstuhls Philosophie IV an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU).
Vom 11. bis 15. September findet an der LMU der 22. Deutsche Kongress für Philosophie „Welt der Gründe" mit internationalen und nationalen Philosophinnen und Philosophen statt. Erstmals in der Geschichte des Deutschen Kongresses für die Philosophie gibt es zusätzlich zum akademischen Programm in Kooperation mit dem Kulturreferat eine öffentliche Reihe „PhilosophInnen in der Stadt". Bürgerinnen und Bürger erhalten damit die Gelegenheit, mit Vortragenden des Kongresses bei zahlreichen Veranstaltungen in Schulen, Bürgerhäusern, Museen etc. zu diskutieren.

Freitag, 9. September, 11 Uhr, Feuerwache 9 in Perlach, Heidestraße 3
Die Münchner Feuerwehr hilft Münchens Patengemeinde Subotica. Der stellvertretende Sachgebietsleiter Josef Kirmayr übergibt zwei gut erhaltene Rüstwagen inklusive kompletter Ausrüstung an Cedo Hajder, Protokollchef der Gemeinde Subotica. München unterstützt die serbische Gemeinde seit elf Jahren im Rahmen eines Patenschaftsprojektes. Nach dem Ende der Diktatur in Serbien hatten mehrere deutsche Städte Patenschaf-

ten für serbische Gemeinden übernommen, um sie beim Aufbau demokratischer Strukturen zu unterstützen. Der Aufschwung kommt nur langsam in Gang, und die Gemeinden sind immer noch auf Unterstützung von außen angewiesen. In Subotica sind bereits zwei Rettungsfahrzeuge, ein Löschfahrzeug und ein Müllauto aus München im Einsatz. Federführend für die Patenschaft ist das Amt für Wohnen und Migration im Sozialreferat. Nähere Auskünfte erteilt Marion Lich, Telefon 2 33-4 06 36.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 9. September, 12 Uhr, Olympiaregattastrecke
Vom 6. bis 11. September finden in München die 90. Deutschen Kanurennsport-Meisterschaften für alle Klassen (Schüler, Jugend, Junioren, Leistungsklasse Damen und Herren) statt. Stadträtin Christiane Hacker (SPD) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters die Gäste des städtischen Empfangs und wird bei der anschließenden Siegerehrung Grußworte sprechen.

Wiederholung
Freitag, 9. September, 13 Uhr, Amtszimmer des Oberbürgermeisters
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Fadumo Korn die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Diese hohe Auszeichnung des Bundespräsidenten erhält Korn für ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die Praxis der Beschneidung von Mädchen und Frauen und ihr Engagement im Verein „Forward Germany e. V.".

Wiederholung
Freitag, 9. September, 14.30 Uhr,
Moosach, Baugrundstück Netzerstraße (gegenüber Hausnummer 74)
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Grundsteinlegung für ein Wohnquartier mit rund 260 Miet- und Eigentumswohnungen sowie einer Kindertagesstätte der park living Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG.

Montag, 12. September, 14.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht Alexandra Gaßmann die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens". Gaßman erhält die Auszeichnung für ihre Verdienste um das Ehrenamt, unter anderem ist sie bereits seit 12 Jahren Elternbeiratsvorsitzende des Kindergartens Namen Jesu.

Dienstag, 13. September, 11 Uhr, Fritz-Meyer-Weg 26
Stadträtin Bettina Messinger (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Elfriede und Adolf Schwenk im Namen der Stadt zum 70. Hochzeitsjubiläum.

Dienstag, 13. September, 11 Uhr, Plivierpark 9
Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Regina Wochenauer im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Dienstag, 13. September, 17 Uhr,
Hotel „Deutscher Kaiser", Arnulfstraße 2
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte anlässlich der 11. Energie Lounge Deutschland. Für mittelständische Unternehmer bietet die Energie Lounge Deutschland die Möglichkeit, mit Experten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung über Energieeinsparpotentiale zu diskutieren und sich zu informieren.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 15. September, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem).

Donnerstag, 15. September, 17 Uhr, Jugendcafe „Intermezzo",
Graubündener Straße 100 (nicht barrierefrei)
Kinder- und Jugendsprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit der Kinderbeauftragten Monika Reim.

Meldungen

Aktionstag „Da sein für München"
(8.9.2011) „Da sein für München" – Unter diesem Motto findet am kommenden Samstag, 10. September, in der Münchner Innenstadt zum 8. Mal der Tag der kommunalen Daseinsvorsorge statt. 35 städtische Dienststellen, Betriebe und Beteiligungsgesellschaften bieten rund um den Marienplatz eine engagierte und fantasievolle Leistungsschau. Neben vielen Informationen und Vorführungen erwartet die Besucher auf zwei Bühnen am

Marienplatz und am Rindermarkt von 11 bis 17 Uhr auch ein Musik- und Showprogramm, Biergarten-Stimmung und ein Sandstrand mit Liegestühlen. Die Münchner Volkshochschule bietet außerdem eigens Altstadtführungen an.

Es geht um den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge

Oberbürgermeister Christian Ude als Schirmherr des Aktionstags: „Die Stadt München setzt sich im Rahmen der aktuellen Privatisierungsdiskussionen mit Nachdruck dafür ein, dass diese Aufgaben auch in Zukunft von kommunalen Unternehmen erfüllt werden können". Der Aktionstag soll den Bürgerinnen und Bürgern das riesige Dienstleistungsspektrum der Landeshauptstadt München kompakt vor Augen führen: Rund 45.000 Beschäftigte bei der Münchner Stadtverwaltung und den städtischen Beteiligungsgesellschaften sorgen Tag für Tag dafür, dass das Großstadtleben reibungslos funktioniert. Sie kümmern sich um die Versorgung der Münchner mit Strom, Gas und Wasser, die Abwasserreinigung und Müllentsorgung, den Betrieb von U-Bahn, Bus und Tram, die Pflege von Kranken und Alten und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

„Am besten macht das deine Stadt" – Fotoausstellung in der Rosenstraße

Die kommunalen Dienstleister arbeiten in München und für München. Sie orientieren sich direkt an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und sichern zuverlässige, umweltfreundliche und bezahlbare Dienstleistungen für eine lebenswerte Stadt. Eine große Freilicht-Fotoausstellung gibt Einblick in die interessantesten Aufgaben- und Einsatzgebiete der städtischen Unternehmen und Referate.

OB Ude und Professor Harald Lesch um 12 Uhr auf dem Marienplatz

Oberbürgermeister Christian Ude und Prof. Harald Lesch (ZDF, Abenteuer Forschung) sprechen ab 12 Uhr auf der Bühne am Marienplatz über die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge und zu den Herausforderungen der Städte im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende.

Programm-Highlights:

- 11.30 Uhr: Europa-Abgeordneter Wolfgang Kreissl-Dörfler, Bühne Rindermarkt
- 12.00 Uhr: Europa-Abgeordneter Markus Ferber, Bühne Rindermarkt
- 12.15 Uhr: OB Christian Ude und Professor Harald Lesch, Bühne Marienplatz
- Musik- und Showprogramm auf den Bühnen am Marienplatz und Rindermarkt mit Biergartenstimmung
- Sandstrand mit Liegestühlen auf dem Rindermarkt
- Große Fotoausstellung in der Rosenstraße „Am besten macht das deine Stadt"
- Altstadtführungen mit der Münchner Volkshochschule

OB Ude lädt zum Aktionstag ein

OB Ude: „München hat sich ja schon immer eindeutig zur kommunalen Daseinsvorsorge bekannt – auch und gerade als man als hoffnungslos rückständig galt, wenn man dem neoliberalen Schlachtruf ‚Privat vor Staat' nicht folgen wollte.

Inzwischen sind kommunale Unternehmen wieder in Mode. Land auf, Land ab kaufen Städte und Gemeinden ihre Energienetze zurück, gründen eigene Stadtwerke und nehmen die Energieversorgung wieder selbst in die Hand.

Aber dieser Trend gilt nicht nur für die Energieversorgung, auch in anderen Bereichen, wie der Wasserversorgung, der Abfallwirtschaft oder Straßenreinigung, wollen die Städte wieder selbst bestimmen, wo es lang geht. Kommunale Unternehmen waren, sind und bleiben „eine Bank", auf die Bürger und Kommunen bauen können.

Freistaat Bayern: Energieversorger verkauft – Einfluss verloren

Ganz anders der Freistaat Bayern: Der hat seine ehemaligen Bayernwerke verkauft, dafür gutes Geld eingestrichen, aber deshalb heute auch keinerlei Einfluss mehr, wenn zum Beispiel in München die Eon Energie-Zentrale geschlossen wird und Arbeitsplätze verloren gehen.

Die Landeshauptstadt München dagegen hat an ihren Stadtwerken (SWM) festgehalten. Aus den Werken ist inzwischen ein erfolgreiches, modernes Unternehmen geworden. Die SWM sind Deutschlands größter kommunaler Energie- und Infrastruktur-Dienstleister. Statt reiner Kapitalorientierung steht die nachhaltige Versorgung der Münchnerinnen und Münchner im Vordergrund.

Ausbauoffensiven bei Erneuerbaren Energien, Fernwärme, Nahverkehr und Glasfaser

Beispielhaft ist die Ausbauoffensive Erneuerbare Energien: Bis spätestens 2025 wollen die SWM so viel Ökostrom in das Stromnetz einspeisen, wie für den Bedarf von Wirtschaft und Privatkunden in München benötigt wird – und das im Übrigen als erste Millionenstadt der Welt. Ein Investitionsvolumen von neun Milliarden Euro.

Daneben setzen die SWM auf Fernwärme und erschließen neue Gebiete für diese umweltschonende Wärmeversorgung. Die Stadt München hat eines der größten Fernwärmenetze in Europa – 700 Kilometer sind die Leitungen insgesamt lang. Und in den kommenden Jahren werden die SWM weitere 200 Millionen Euro in dieses System investieren.

Aber auch der Nahverkehr wird im Rahmen der MVG-Angebotsoffensive in den Jahren 2010 bis 2020 weiter modernisiert und ausgebaut.

Und schließlich arbeiten die SWM seit 2009 daran, eines der modernsten Glasfasernetze Europas zu installieren. Nachhaltigkeit – in jeder Form – hat einen Namen: SWM.

Energiewende ohne Stadtwerke nicht zu schaffen

Die dringend notwendige Energiewende ist ohne die Stadtwerke nicht zu machen. Die Großen sind zu unflexibel, gerade beim Ausbau Erneuerbarer Energien sind Dezentralität und Kompetenz vor Ort entscheidende Faktoren. Kommunale Stadtwerke haben schon seit Jahrzehnten ein umfangreiches Know-how gesammelt, vor allem im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung, aber auch beim Thema Wasserkraft, Biomasse und Solarenergie.

Bezahlbarer Wohnraum dank GWG und GEWOFAG

Kommunale Daseinsvorsorge heißt aber nicht nur Stadtwerke. Ganz wichtig in München ist das Thema ‚Wohnen'. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG kann die Landeshauptstadt München Einfluss nehmen auf den Wohnungsmarkt. Die beiden Gesellschaften übernehmen soziale Verantwortung und sorgen für bezahlbaren Wohnraum besonders für Menschen, die auf dem freien Markt keine Chance haben. In den Wohnungen der städtischen Gesellschaften sind die Mieter nicht nur vor Eigenbedarfskündigungen, überhöhten Mieten und jedweder Verdrängung durch Luxussanierung geschützt, sondern sie genießen die Vorzüge des Konzepts ‚Soziale Mietobergrenzen'. Während andere Städte unter dem Beifall von Wirtschaftsredaktionen ihre Wohnungsbestände verkauft haben, verfügen die beiden Münchner Wohnungsbaugesellschaften über mehr als 60.000 Wohneinheiten.

Keine Rosinenpickerei beim Abfall

Der AWM, der städtische Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft, sorgt für zuverlässigen und umwelttechnisch hochwertigen Entsorgungsservice für Münchner Haushalte und Gewerbebetriebe. Und das auf Grundlage eines ökologischen Konzeptes zu stabilen und fairen Gebühren.

Die Bundesregierung hat nun jedoch eine Novelle des Abfallrechtes vorgelegt, die so nicht verabschiedet werden darf. Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine Gefahr für die kommunale Abfallentsorgung. Er erlaubt Privatunternehmen das Rosinenpicken bei lukrativen Wertstoffen, die städtischen Betriebe wären dann nur noch Lückenbüßer für kostenträchtige Entsorgungsaufgaben.

Die Bürgerinnen und Bürger, die Wertstoffe getrennt sammeln, erwarten zu Recht, dass sie (über die Verrechnung dieser Einnahmen im Gebührenhaushalt) in den Genuss der damit erzielten Gewinne kommen. Durch die Zulassung gewerblicher Sammlungen bei Wertstoffen würden hingegen Gewinne privatisiert und Verlustgeschäfte kommunalisiert. Auch im Bereich Abfallwirtschaft gilt: „Wettbewerb ja – aber zu fairen Bedingungen".

Klares Bekenntnis zur kommunalen Daseinsvorsorge

Auch wenn bundesweit eine Trendwende pro kommunale Daseinsvorsorge zu verzeichnen ist, sollte man wachsam bleiben und sich dafür einsetzen, dass uns dieses System erhalten bleibt. Denn kommunale Unternehmen bieten viele Vorteile:

- sie orientieren sich am Wohl der Bürgerinnen und Bürger,
- sie arbeiten effizient und wirtschaftlich,
- sie sind ökologisch vorbildlich,
- sie wirtschaften nachhaltig und haben auch die Bedürfnisse kommender Generationen im Blick und
- sie sind zuverlässig und sorgen für sozialverträgliche Preise.

Aus diesen Gründen spricht sich die Landeshauptstadt München klar für die Daseinsvorsorge in kommunaler Hand aus.

Es freut mich, dass auf der attraktiven Leistungsschau, die allen Besucherinnen und Besuchern am Samstag geboten wird, dieses Anliegen auch von dem renommierten Naturwissenschaftler, Philosophen und Wissenschaftsjournalisten Professor Harald Lesch unterstützt wird. Als besondere Gäste darf ich am Samstag auch die Europaabgeordneten Wolfgang Kreissl-Dörfler und Markus Ferber begrüßen, die uns hoffentlich interessante Einblicke in die aktuelle europäische Diskussion bieten werden.

Alle Münchnerinnen und Münchner und alle Gäste sind herzlich eingeladen zu einem interessanten Informationsangebot, einem unterhaltsamen Bühnenprogramm und vielen großen und kleinen Attraktionen."

Information zum Aktionstag „Da sein für München" im Internet unter *www.muenchen.de/daseinsvorsorge*

Sanierung der Brunnenanlage am Orleansplatz

(8.9.2011) Die Brunnenanlage am Orleansplatz wurde dieses Jahr nicht in Betrieb genommen, da durch einen Rohrbruch in der Brunnenstube auch die elektronische Steuerung für die Brunnenfontänen beschädigt wurde. Sie ist nicht mehr reparabel und muss deshalb komplett erneuert werden. Nach der bereits laufenden öffentlichen Ausschreibung zur Beschaffung einer neuen Steuerung bedarf es aufwändiger Arbeiten zur Montage und Anpassung der neuen Steuerung auf die vorhandene Brunnentechnik. Der Brunnen kann deshalb erst zur Brunnensaison im kommenden Frühjahr 2012 auf-gedreht werden.

Der linsenförmige Brunnen aus Oberpfälzer Granit mit 52 Fontänen, deren Scheitelpunkte auf einem gedachten Kreisbogen liegen, wird flankiert vom Flussgott und einer Nymphe. Die Integration dieser beiden Skulpturen des ehemaligen Ausstellungsparkbrunnens von 1904 ist eine reizvolle Verbindung von alt und neu auf dem Orleansplatz.

Das Baureferat betreut die 185 Brunnen der Landeshauptstadt München. Alle Brunnen, ob der prächtige Wittelsbacherbrunnen am Lenbachplatz oder die kleinen Brunnen am Viktualienmarkt, bedürfen intensiver Pflege und Betreuung. Alle Brunnen sind in ihrer Ausführung Unikate. Viele Brunnenanlagen sind mit aufwendiger Technik ausgestattet. So auch der Brunnen am Orleansplatz. In den Brunnenstuben unter den Zierbrunnenanlagen befinden sich die Umwälzanlagen, die das Brunnenwasser wiederaufbereiten und damit kostbares Trinkwasser sparen.

Ausstellung zum Wettbewerb Quartierszentrum Allacher Bahnhof
(8.9.2011) Die aurelis Real Estate GMBH&Co.KG -- Region Süd hat am 22. Dezbember 2010 den städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerb für die Entwicklung eines Quartierszentrums am Allacher Bahnhof ausgelobt. Für den Bereich südlich des Oertelplatzes in München-Allach waren Planungen für groß- und kleinflächigen Einzelhandel, ergänzt durch Dienstleistungen, für eine Park+Ride-Anlage sowie für zirka 40 Wohneinheiten mit sozialer Infrastruktur und dazugehörigen Grünflächen zu erarbeiten.
Das Preisgericht unter Vorsitz von Professor Manfred Kovatsch hat am 10. Mai über die Entwürfe entschieden. Der erste Rang wurde zweifach vergeben. Preise gingen an die Büros Maisch Wolf Architekten, München mit realgrün Landschaftsarchitekten, München und Hierl Architekten, München, mit Grabner und Huber Landschaftsarchitekten, Freising. Nachdem beide Büros ihre Entwürfe nochmals überarbeitet haben, steht nun seit 27. Juni die Entscheidung der Jury, die Arbeit des Büros Hierl mit Grabner + Huber einstimmig zur Umsetzung zu empfehlen. Die Lösung des Büros Hierl Architekten wird als architektonisch überzeugend und außergewöhnlich innovativ gesehen. Der Entwurf sieht zwei klar voneinander abgetrennte Bereiche (Wohnen und Einzelhandelsnutzung) vor. Der Oertelplatz ist nach Norden hin gut zugeordnet und kann somit als Mitte Allachs mit entsprechenden Anbindungen an den ÖPNV dienen.
Das Preisgericht äußert sich wie folgt:
„Die zentrale Idee des Entwurfskonzeptes, den großen Einzelhandelsbaukörper mit einer Wohnbebauung zu fassen, gibt dem Oertelplatz eine starke eigene Identität. Die Randbebauung kann verschiedene Wohntypologien, wie Townhouse, Patio-Häuser und Geschosswohnungsbau integrieren und schafft zu den davor angeordneten Punkthäusern die Atmosphäre eines eigenständigen Wohnquartiers, das sich dennoch dem bestehenden Allach offen und durchlässig präsentiert. Die Punkthäuser bieten hervorragende Wohnqualität an. Insgesamt besticht der Entwurf durch seine star-

ke eigene Identität, die Raum lässt für differenzierte Architekturen, ohne dem Ort einen Fremdkörper aufzuzwingen.“
Die Wettbewerbsbeiträge samt Überarbeitung der erstplatzierten Entwürfe werden vom 8. mit 22. September, jeweils Montag bis Freitag, von 8 Uhr bis 18 Uhr in der Eingangshalle des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße 28 b, ausgestellt. Der Eintritt ist kostenlos.

Bürgerwerkstatt „Energietechnologien für die Zukunft“
(7.9.2011) Beim Bürgerdialog „Energietechnologien für die Zukunft“ wird bundesweit über die künftige Energieversorgung diskutiert. Zum Bürgerdialog aufgerufen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) – er soll Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit bieten, ihre Fragen, Erwartungen und Bedenken hinsichtlich der technologischen Aspekte der zukünftigen Energieversorgung zu formulieren und mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Nicht-Regierungsorganisationen zu diskutieren. Am Ende des Bürgerdialogprozesses in ganz Deutschland steht ein Bürgerreport, in dem die Bürgerinnen und Bürger Empfehlungen formulieren, wie der Umbau der Energieversorgung technologisch umgesetzt werden kann und wie Zielkonflikte gelöst werden können. Auch in der Landeshauptstadt München werden so genannte Bürgerwerkstätten angeboten.
Mitinitiiert wurde der Bürgerdialog in München vom Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU), das auch seine Räume für eine Bürgerwerkstatt zur Verfügung stellt.

- Am Dienstag, 13. September, dreht sich bei der Bürgerwerkstatt der Stadtwerke München (SWM) und Green City e.V. (Emmy-Noether-Straße 2) alles rund um die Themen Eneuerbare Energien und Brückentechnologien. Diskutiert wird mit Vertreterinnen und Vertretern der SWM,des Umweltverbands Green City e.V., dessen Tochterunternehmen Green City Energy sowie von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften von 19 bis 21.30 Uhr.
- Am Mittwoch, 14. September, bei der Veranstaltung im Bauzentrum München (Willy-Brandt-Allee 10) steht das Thema „Energieeffizienz“ im Mittelpunkt. Das Expertenpanel besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von acatech – Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, der Verbraucherzentrale Bayern, der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. sowie dem Verband kommunaler Unternehmen in Bayern (19 bis 21.30 Uhr).

Bei beiden Veranstaltungen wird um Anmeldung unter *www.buergerdialog-bmbf.de* gebeten. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Bürgerwerkstätten

in ganz Deutschland sind hier ebenfalls zu finden. Bereits am Samstag, 10. September, findet im Deutschen Museum (Museumsinsel 1) eine Bürgerkonferenz statt, zu der ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden. „Wir freuen uns, mit der Landeshauptstadt München eine Partnerin an der Seite zu haben, die uns bei der Durchführung der Bürgerwerkstätten unterstützt und ihre Kompetenz in den Bürgerdialog ‚Energietechnologien für die Zukunft' einbringt. Die Bürgerdialoge sind Ausdruck einer neuen Kultur des Zuhörens und des Dialogs zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Zu den Aufgaben demokratischer Politik gehört es, dass sie Foren zur Beteiligung anbietet, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Erwartungen und Bedenken äußern können. Das gilt in besonderem Maße für die Forschungspolitik und das aktuelle Thema der Energietechnologien für die Zukunft. Ich lade die Bürgerinnen und Bürger ein, Einblick zu gewinnen und mitzureden", sagt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Professorin Dr. Annette Schavan.
Der Bürgerdialog des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema „Energietechnologien für die Zukunft" findet sowohl im Rahmen von zahlreichen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet statt als auch auf dem Onlineportal *www.buergerdialog-bmbf.de.* Beim Bürgerdialog geht es darum, Einblick zu gewinnen und mitzureden. Ergebnis dieses Prozesses sind konkrete Empfehlungen, die die beteiligten Bürgerinnen und Bürger an Verantwortliche aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft übergeben und mit ihnen diskutieren. In dem auf vier Jahre angelegten Dialogprozess werden unterschiedliche Themen behandelt – aktuell widmet sich der Bürgerdialog dem Thema Energietechnologien der Zukunft.

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung

(8.9.2011) Die 238. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 13. September, ab 16 Uhr in der Blumenstraße, Zimmer 614, statt.
Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Beslauer Straße 1 – Stadtbezirk 10
   Neubau eines Studentenwohnheims mit Einzelhandel und Tiefgarage
2. Kaulbachstraße 63 - 63a – Stadtbezirk 12
   Neubau eines Wohnanlage mit Tiefgarage
3. Rosenheimer Straße 143 – Stadtbezirk 14
   Neubau eines Bürohauses

Reihe „Einblicke“ im Stadtarchiv München
(8.9.2011) Dr. Brigitte Huber stellt in der Reihe „Einblicke“ die Münchner Stadtchronik, eine außergewöhnliche Quelle zur Münchner Stadtgeschichte, vor. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei.

Stadtarchiv: Vortrag von Professor Rémi Brague
(8.9.2011) Professor Rémi Brague (Ludwig-Maximilians-Universität) geht am Dienstag, 13. September, in seinem Vortrag „Gott der Christen, Gott der Muslime? Ist er derselbe Gott?“ der Frage nach der Personalunion des Gottes der großen monotheistischen Weltreligionen nach. Die Veranstaltung findet um 20 Uhr in der Bibliothek des 1913 in München geborenen Religionsphilosophen Schalom Ben-Chorin im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68, statt. Sie ist Teil des Programms zum 22. Deutschen Kongress für Philosophie „Welt der Gründe“. Der Eintritt ist frei.

Berkan Karpat: Neuestes Projekt „11.9.11 – DNA der Erinnerung“
(8.9.2011) Am Sonntag, 11. September, findet auf dem Karolinenplatz und im Amerika Haus (ebenfalls Karolinenplatz) das neueste Projekt des Münchner Künstlers Berkan Karpat „11.9.11 – DNA der Erinnerung – Eine Stahlklage“ statt. Thematisch kreist es um den 11. September 2001 und die Erinnerung an ihn, denn kein Tag des 21. Jahrhunderts hat sich wohl so im kollektiven Gedächtnis eingegraben. Mit eben diesem kollektiven Gedächtnis setzt sich Karpats „11.9.11 – DNA der Erinnerung“ auseinander und erstellt aus ihm eine Architektur der Erinnerung, eine Skulptur aus Körperdaten. In eine 12 Meter lange Stahlplatte auf dem Karolinenplatz wird die DNA von sich an 9/11 Erinnernden eingraviert. Von 11 bis 22 Uhr können dafür Besucherinnen und Besucher im Amerika Haus ihre DNA abgeben. Alle DNA-Proben werden vermengt und live analysiert. Diese „DNA der Erinnerung“ wird in die Stahlplatte auf dem Karolinenplatz – durch einen Roboter – eingebrannt. Parallel dazu gibt es ab 15 Uhr eine sechs Stunden dauernde Sprechprozession, ein Rezitativ mit Texten von Berkan Karpat und Zafer Senocak, vorgertragen von Gabriele Graf und Peter Pruchniewitz. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Ausführliche Informationen unter *www.amerikahaus.de*
Die Produktion von Berkan Karpat findet in Zusammenarbeit mit dem Amerikanischen Generalkonsulat München statt. Es wird vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München gefördert und mit freundlicher Unterstützung von THW München, B.A.Z. Amerika Haus München, Helmholtz-

Zentrum München, Technische Universität München, fortiss GmbH, Illumina Inc. San Diego/USA, Kuka Roboter GmbH, Filmsalz, a.k.a. ingenieure und St. Leonhards Vertriebs GmbH+ CoKG.

Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach

(8.9.2011) Vom 13. September bis 13. Oktober zeigt die Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61a, Porträts, Grafiken und eine Bilderserie mit venezianischen Motiven in Mischtechnik von Egor und Vera Tarapat. Das Künstlerpaar kam 2005 von Russland nach München. Die künstlerische Ausbildung begann bereits in der Kinderzeit, gefolgt von einem Studium an der Pädagogischen Universität in Jekaterinburg, welches beide Künstler im Jahr 2000 erfolgreich als Diplom-Kunstlehrer abschlossen. Während des Studiums und danach kam es zu zahlreichen nationalen und regionalen Ausstellungen. Ein ganz besonderes Kunstwerk schufen Egor und Vera Tarapat in der Wandgestaltung des Kinder und Jugendbereiches der Stadtbibliothek Moosach. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt zu den üblichen Öffnungszeiten der Bibliothek zu besichtigen: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 19 Uhr, am Mittwoch von 14 bis 19 Uhr.

Planungsreferat in eigener Sache

Gleichbehandlung der islamischen Gemeinde in Perlach
(8.9.2011) Zum Artikel „Kirche vielleicht, aber ohne Gebete“ und dem Kommentar „Abstruse Ausreden“ in der Süddeutschen Zeitung vom 7. September nimmt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt Stellung:
Aus Anlass einer informellen Anfrage eines potentiellen Bauherren zur Errichtung einer sozialen beziehungsweise kulturellen Einrichtung in einem festgesetzten Gewerbegebiet behauptet der Verfasser, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung kenne "kaum Grenzen, wenn es darum geht der Islamischen Gemeinde in Perlach Knüppel zwischen die Beine zu werfen". Dies trifft nicht zu.
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung prüft als Untere Bauaufsichtsbehörde objektiv die gesetzliche Zulässigkeit eines Bauvorhabens, bzw. einer Nutzungsänderung. Diese Prüfung erfolgt immer grundstücksbezogen und richtet sich nicht nach der Person oder dem Glauben, der religiösen oder politischen Anschauung einer potentiellen Antragstellerin oder eines potentiellen Antragstellers.
Zum Einzelfall:
Der Verein für interkulturelle Bildung hat im Rahmen einer mündlichen Bauberatung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Servicezentrums des Referats für Stadtplanung und Bauordnung zunächst nach der Zulässigkeit einer Tageseinrichtung zur Betreuung Jugendlicher, in einer weiteren Anfrage nach der Zulässigkeit einer religiösen Nutzung auf einem gewerblichen Grundstück gefragt. Das Grundstück, auf dem die Nutzung untergebracht werden soll, befindet sich im Bereich des seit 1980 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 1293. Im vorliegenden Fall wurde mit dem Bebauungsplan die rechtliche Möglichkeit zur Errichtung eines Handwerkerhofs geschaffen und diese Planung mit der Festsetzung "Gewerbegebiet" gesichert.
Ein festgesetztes Gewebegebiet ist zunächst nur gewerblichen Einrichtungen, wie beispielsweise Handwerksbetrieben oder Bürogebäuden, vorbehalten. Lediglich in Ausnahmefällen ist es nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zulässig, auch Anlagen für religiöse oder soziale Zwecke zu errichten oder bestehende Gebäude in diese Richtung umzunutzen. Ob ein solcher Ausnahmetatbestand vorliegt, kann in einer mündlichen Beratung nicht abschließend geklärt werden. Um eine abschließende rechtsverbindliche Aussage treffen zu können, sind Stellungnahmen von Fachstellen und anderen Referaten, beispielsweise zum Ju-

gendschutz, und aufgrund der Ausnahmesituation auch die Befassung von Gremien notwendig. Aus diesem Grund ist zur eingehenden Prüfung ein formeller Antrag mit genauer Darstellungen der Anlage, detailliertem Betriebskonzept, dazugehörigen notwendigen Einrichtungen wie Stellplätzen und vielem mehr erforderlich. Eine schriftliche informelle Anfrage alleine ist nicht ausreichend, um eine verbindliche Aussage der Behörde zu erlangen. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung berät jedoch gerne nochmals zu dem Fall, um im Rahmen des Ermessens die zulässigen Nutzungen aufzuzeigen.
Selbstverständlich steht das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unabhängig von der Person jeder potentiellen Bauherrin und jedem potentiellem Bauherren im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten helfend zur Seite.Hierzu haben wir ein Servicezentrum in der Blumenstraße 19 eingerichtet, das von Montag bis Freitag, jeweils zwischen 9 und 12 Uhr, Donnerstag zusätzlich von 13 bis 16 Uhr erreichbar ist. Telefonische Auskunft erteilt das Servicetelefon unter (2 33-9 64 84 von Montag bis Donnerstag, jeweils zwischen 9 und 16 Uhr und am Freitag von 9 bis 12 Uhr.
Das Servicezentrum beziehungsweise Servicetelefon hilft bei ersten Einschätzungen des Baurechts und der Antragsstellung. Es kann aber einen nach Gesetzeslage notwendigen Antrag mit seinen nach Bauvorlagenverordnung (BauVorlV) erforderlichen Plandarstellungen nicht ersetzen.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 8. September 2011

Nachmittagsbetreuungsplätze für Schulkinder in Laim
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU) vom 14.10.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Beantwortung auf diesem Weg erfolgt.

Gerne stellen wir Ihnen die Bedarfslage und die Versorgungssituation mit Nachmittagsbetreuungsplätzen für Schulkinder im 25. Stadtbezirk Laim dar und gehen auf die im Antrag genannten Fragen ein.

Frage 1:
Als Sofortmaßnahme wird für die Mittagsbetreuung an der Droste-Hülshoff-Schule in dem von den Eltern bereits ins Auge gefassten Anwesen Friedenheimer-/Fachnerstraße ein Angebot für 50 Kinder eingerichtet.

Antwort:
Wie die Bevollmächtigte der Mittagsbetreuung an der Grundschule Droste-Hülshoff-Straße mitteilte, kamen die Anmietungen an den Standorten Friedenheimer-/Fachnerstraße und Käthe-Bauer-Weg 17 leider nicht zu Stande. Allerdings können die 6 Mittagsbetreuungsgruppen zum kommenden Schuljahr auf 8 aufgestockt werden. Die Zahl der Plätze erhöht sich dadurch von 118 auf 127.

Frage 2:
Beim Kinderbetreuungs-Neubauprojekt an der Brantstraße wird zusätzlich eine Hortgruppe realisiert.

Antwort:
Das Referat für Bildung und Sport hat am Standort Sigl-/Brantstraße Bedarf für 2 Hortgruppen geltend gemacht. Sie sollen im Rahmen einer Neubebauung zusammen mit 4 Krippen- und 4 Kindergartengruppen realisiert werden.
Die Gewofag klärt gerade die baurechtlichen Möglichkeiten der städtischen Grundstücke an der Sigl-/Brantstraße ab. An der Brantstraße soll eine KomPro-Bebauung entstehen, an der Siglstraße wird das Kommunalreferat die Flächen für Wohnungsbau mit integriertem Haus für Kinder ausschreiben. Da die Maßnahmen räumlich und planerisch voneinander abhängig sind, kann die Errichtung der Kinderbetreuungseinrichtung leider nicht vorgezogen werden.
Ein Fertigstellungszeitpunkt ist derzeit nicht absehbar.

Frage 3:
Der Pavillon an der Schule an der Schrobenhausener Straße steht weiterhin für ein bis zwei Gruppen zur Verfügung.

Antwort:
Die Mittagsbetreuung an der Grundschule Schrobenhausener Straße versorgt im laufenden Schuljahr 70 Kinder in 4 Gruppen.
Die Schulleitung ist sehr bemüht, die räumliche Versorgung der Mittagsbetreuungsgruppen zu gewährleisten, und stellt der Mittagsbetreuung von Mittag an Klassenzimmer sowohl im Hauptgebäude als auch in den Pavillons zur Verfügung.
Zum kommenden Schuljahr kann die Zahl der Mittagsbetreuungsplätze auf 72 erhöht werden.

Eine weitere Möglichkeit der nachmittäglichen Betreuung an Schulen bietet die gebundene Ganztagsklasse. Nicht nur im privaten Bereich gibt es das Angebot der Ganztagsschule, auch die staatlichen Grundschulen haben die Möglichkeit Ganztagsklassen einzurichten.
In München werden derzeit an 14 Grundschulen bis zu 620 Kinder durch gebundene Ganztagsklassen versorgt. Für das nächste Schuljahr haben weitere 16 Grundschulen einen Antrag auf Einrichtung eines gebundenen Ganztagszuges über das Referat für Bildung und Sport beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus gestellt.

Der Antrag für den Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges kann zwar ausschließlich vom Sachaufwandsträger, der Landeshauptstadt München, im Einvernehmen mit der jeweiligen Schule beim Bayerischen Staatsmini-

sterium für Unterricht und Kultus gestellt werden, die Initiative muss jedoch von der Grundschule ausgehen.

Die Grundschulen in Laim haben bislang noch keinen Bedarf an der Einrichtung eines gebundenen Ganztagszuges angezeigt.

Da noch nicht absehbar ist, wann in den Laimer Grundschulen Ganztageszüge eingeführt werden können, unterstützt und fördert das Referat für Bildung und Sport nach wie vor die Einrichtung von Mittagsbetreuungsplätzen und Hortplätzen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Bedarf für eine Kindertagesstätte im Bereich des Technologieparks Messestadt Riem
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 23.5.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Auf Ihre Anfrage vom 23.05.2011 nehme ich Bezug. Sie haben darin folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
Der Bereich des Technologieparks Messestadt Riem umfasst bereits eine erfreulich große Zahl an Unternehmen und es ist zu erwarten, dass hier in den nächsten Jahren noch zahlreiche weitere hinzukommen werden. Jedoch ist nicht erkennbar, ob für die in diesem Bereich Beschäftigten entsprechende Angebote zur Kinderbetreuung vorhanden bzw. geplant sind.

Mit Mail vom 24. Juni baten wir Sie um eine Fristverlängerung, da zur Beantwortung der Fragen mehrere Referate eingebunden werden mussten.

Zu den einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie groß sieht die LH München den Bedarf an Plätzen zur Kinderbetreuung in Krippen bzw. Kindergärten für den genannten Bereich bzw. welche Erkenntnisse liegen der Landeshauptstadt München bereits vor?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München hat die Aufgabe, die Betreuung der Münchner Kinder zu gewährleisten. Dazu orientiert sie sich sowohl bei der gesamtstädtischen wie auch bei der regionalen Planung an der Zahl der mit Wohnsitz gemeldeten Kinder und ist grundsätzlich bestrebt, die Kinder wohnortnah zu versorgen. Aus diesem Grund sind im Technologiepark keine eigenen Kindertageseinrichtungen vorgesehen.
Der aus dem Technologiepark resultierende Betreuungsbedarf ist dem Referat für Bildung und Sport nicht bekannt.
Allerdings schlägt sich die von den Arbeitsplätzen ausgehende Nachfrage ebenso wie diejenige der Wohnbevölkerung in den Anmeldestatistiken der benachbarten Kindertageseinrichtungen nieder.
So zeigt sich in den Einschreibergebnissen der Kindertageseinrichtungen in der Messestadt Riem, dass dort noch eine ungedeckte Nachfrage besteht. Zur Verbesserung der Betreuungssituation ist in der Messestadt noch ein Kindertageszentrum mit 32 Krippen- und 28 Kindergartenplätzen

geplant. Ferner ist in Riem eine viergruppige Krippe mit 48 Plätzen in Planung.
Beide Einrichtungen sollen im Herbst 2013 fertiggestellt sein.

Da die Prognosen nach 2015 einen deutlichen Rückgang der Kinderzahlen erwarten lassen, sind derzeit weitere städtische Planungen nicht nachhaltig begründbar.
Private Träger, die sich in der Messestadt mit einem pädagogischen Angebot engagieren, für das ein anhaltender oder auch überregionaler Bedarf gesehen werden kann, werden vom Referat für Bildung und Sport auch weiterhin unterstützt und gefördert.

Frage 2:
Gibt es bereits private Initiativen – sei es durch gewerbliche Träger oder aus dem Unternehmerfeld – hier Angebote zu schaffen?

Antwort:
Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hatte im Rahmen seiner Firmenbetreuung mit einer in der Messestadt ansässigen Firma Kontakt, die Interesse an einer Kinderbetreuungseinrichtung für die Beschäftigten im Technologiepark geäußert hat. Die Firma könnte sich vorstellen, eine private Einrichtung mit ca. 30 Plätzen zu errichten. Dieses Interesse wurde bereits in den Koordinierungskreis Messestadt - Riem eingebracht.

Frage 3:
Gibt es ggfs. freie Grundstücke oder Gewerbeflächen im Bereich des Technologiepark Messestadt Riem, die für diesen Zweck geeignet sind bzw. noch frei wären?

Antwort:
Die Flächen im Technologiepark werden im Rahmen des Gewerbeförderprogramms nach vom Stadtrat festgelegten Kriterien durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft vergeben. Die Möglichkeiten der Stadt, Gewerbebetrieben geeignete Flächen zur Ansiedlung in der Landeshauptstadt München mit allen damit verbundenen Vorteilen (Schaffung von Arbeitsplätzen, Gewerbesteuereinnahmen), anbieten zu können, ist aufgrund der geringen Flächenpotentiale leider begrenzt. Dementsprechend wäre eine Verwendung für eine Kindertagesstätte im Bereich des Technologieparks nur dann für die Stadt wirtschaftlich vorstellbar, wenn darüber hinaus keine geeigne-

te Fläche in der Messestadt Riem zur Verfügung stünde. Dies ist aber nicht der Fall. In einer für Kinder optimalen Lage direkt am Landschaftspark wurde ein Grundstück gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes für eine derartige Gemeinbedarfsnutzung vorgesehen. Sollte das Referat für Bildung und Sport bei einer erneuten Bedarfsprüfung zu dem Ergebnis kommen, dass weiterer Bedarf für eine Kindertagesstätte in der Messestadt besteht, kommt für die Realisierung vorrangig diese Gemeinbedarfsfläche in Frage.

Generell darf gemäß Art. 75 GO eine Gemeinde ihr Vermögen nicht unter Wert verkaufen. Dementsprechend müssen potentielle Interessenten für ein Grundstück im Technologiepark den Verkehrswert des Grundstücks auf der Grundlage der Festsetzungen des Bebauungsplanes bezahlen. Erfahrungsgemäß sind private Betreiber von Kindertagesstätten allerdings finanziell nicht in der Lage, einen Preis für ein Gewerbegrundstück zu bezahlen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob ein „Direktverkauf" an einen Betreiber einer Kinderbetreuungseinrichtung rechtlich möglich wäre. Aufgrund der Grundsätze der Transparenz und der rechtlichen Problematik müsste ein Grundstück für eine private Kindertagesstätte im Technologiepark nach Ansicht des Kommunalreferates öffentlich ausgeschrieben werden.

Das wäre natürlich nicht der Fall, wenn sich ein Gewerbetreibender, der einen Ankauf im Rahmen der Gewerbeförderrichtlinien tätigt, entscheidet, in seinem Gebäude einen Betriebskindergarten einzurichten. Dieser Weg wurde im letzten Koordinierungskreis von den Vertreterinnen und Vertretern aller Referate ausdrücklich begrüßt.

Frage 4:
Gibt es ggfs. die Möglichkeit entsprechende Grundstücke für einen solchen Zweck in Erbpacht zu erwerben?

Antwort:
Grundsätzlich ja. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hat sich aber gezeigt, dass das Interesse an Erwerben im Erbbaurecht aufgrund der günstigen Kreditsituation kaum mehr besteht.
Allerdings gelten auch in diesem Fall die zu Frage 3 gemachten Ausführungen zu Art. 75 GO und zur Ausschreibungspflicht.

Frage 5:
Müsste ggfs. erst ein Bebauungsplan erstellt bzw. geändert werden?

Antwort:
Für den Technologiepark Messestadt West wird derzeit für die Teile 2 und 3 ein Bebauungsplan erarbeitet. Dies betrifft den Bereich westlich der Paul-Wassermann-Straße. Der Technologiepark Messestadt West ist als moderner Gewerbepark geplant, der insbesondere Betrieben aus dem Medien- und High-Tech-Umfeld sowie aus dem Bereich Umwelttechnik einen Standort bieten soll. Dort sind keine Kindergärten oder Kinderkrippen vorgesehen. Im Rahmen der geplanten Festsetzung Gewerbegebiet (GE) sind nach §8 BauNVO Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke ausnahmsweise zulässig, also auch Einrichtungen zur Kinderbetreuung.

Frage 6:
Müsste die Trägerschaft für ein solches Vorhaben ausgeschrieben werden?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München plant im Technologiepark keine Kindertageseinrichtung, die ausgeschrieben werden könnte. Wie in Antwort 3 ausgeführt, käme allenfalls die Ausschreibung eines Grundstückes zur Errichtung einer Kindertageseinrichtung in Frage.

Frage 7:
Welche weiteren Voraussetzungen müssten gegeben und erfüllt sein, um hier eine ggf. vorhandene Nachfrage mit einem entsprechenden Angebot zu decken?

Antwort:
Sollte eine Firma bzw. ein privater Betreiber im Technologiepark eine Kindertageseinrichtung einrichten wollen, so würde das Referat für Bildung und Sport den Bedarf, die räumliche und konzeptionelle Eignung der Einrichtung prüfen und bei Vorliegen aller Fördervoraussetzungen die entsprechende Investitionskosten- und Betriebskostenförderung leisten können.

Holt die Nazis von der Straße!
Ein Integrationsauftrag an die Münchner Zivilgesellschaft
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 22.6.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt dieses Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt.

Die von Ihnen aufgeworfenen Fragen beziehen sich zum einen auf Vorüberlegungen der sozialen Bedarfsplanung, zum anderen stellt das Führen von Gesprächen mit etwaigen Zielgruppen rein tatsächliches Verwaltungshandeln dar, so dass hier laufende Angelegenheiten der Verwaltung betroffen sind.

Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 22.06.2011 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Frage 1:
Die Stadt stellt zum frühestmöglichen Zeitpunkt der rechten Münchner Jugendszene Räumlichkeiten zur Verfügung – analog zu der seit 1996 üblichen Förderung der linken Münchner Jugendszene durch das Sozialreferat/ Stadtjugendamt.
Gegebenenfalls anfallende Mietkosten werden – ebenfalls analog zur Förderung der linken Szene – von der Stadt übernommen.

Antwort:
Ihrem Antrag vom 22.06.2011 legen Sie einen Sachverhalt zugrunde, der nicht Praxis des Sozialreferats/Stadtjugendamt ist.
Das Sozialreferat/Stadtjugendamt fördert Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es fördert nicht die linke Münchner Jugendszene, sondern Kinder und Jugendliche unabhängig von Ihrer politischen Einstellung.

Frage 2:
Das Stadtjugendamt, ersatzweise die beim Direktorium angesiedelte „Fachstelle gegen Rechtsextremismus", tritt zwecks Regelung des Näheren in Gespräche mit dem fraglichen Personenkreis ein.

Antwort:
Siehe dazu Antwort Punkt 1.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Nachgefragt: Zehn Jahre KomPro – Erfolge, Kosten, Perspektiven
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 26.7.2011

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 26.07.2011 führen Sie Folgendes aus:
„Seit 2001 gibt es das Kommunale Wohnbauprogramm „KomPro". Im Rahmen von KomPro sollen laut Darstellung des Sozialreferats „benachteiligte Bürgerinnen und Bürger am Wohnungsmarkt bessere Chancen erhalten. (...) Um Segregation und Brennpunktbildungen entgegenzuwirken, sind diese Wohnprojekte vorrangig in gewachsenen Quartieren und Stadtteilen anzusiedeln." (zit. nach: www.muenchen.de/Rathaus/soz/wohnenmigration/kompro/100526/70_soz_hausbewirt.html). Die praktische Umsetzung von „KomPro" wirft allerdings Fragen auf. Schon vor geraumer Zeit berichtete die Wochenzeitung „Die Zeit" wie folgt über den Fall der im Rahmen von „KomPro" vom Hasenbergl nach Bogenhausen umgesiedelten Familie F. aus Serbien: „Das Glück und die kommunale Stadtraumbewirtschaftung haben sie aus einer engen und teuren Pension im Industriegebiet zurück ins städtische Leben geführt. Sie wurden umgesiedelt, nach Bogenhausen, wo die Wohlsituierten leben. Es ist ein Deutschland einmaliges Modell des sozialen Wohnungsbaus und wohl nur deshalb kein Pionierprojekt, weil es, im großen Stil betrieben, jede Stadtkasse ruinieren würde."
(zit. nach: www.zeit.de/2011/10/Wohnen-Muenchen).

Hier sind Fragen naheliegend."

Zu Ihrer Anfrage vom 26.07.2011 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Einzelhaushalte – Einzelpersonen, Paare und Familien – konnten seit Beginn des „KomPro"-Programms im Jahr 2001 insgesamt durch Vermittlung einer Wohnung unterstützt werden (Angabe bitte ohne Programm „Clearinghäuser")?

Antwort:
Legt man die Wohnungsaufteilungsschlüssel in den Jahren von 2005 (erste Fertigstellungen) zugrunde, wurden in dem KomPro-Sozialwohnungsprogramm mit Wohnraum versorgt

- 152 Einzelpersonen
- 17 Paare und
- 266 Familien/Alleinerziehende.

Frage 2:
Inwieweit konnte die stadtseitig formulierte Zielzahl von jährlich 125 verfügbaren neuen Wohneinheiten im Rahmen des „KomPro"-Programms seit Programmbeginn 2001 erreicht bzw. gehalten werden?

Antwort:
Aus den im Stadtratsbeschluss der Vollversammlung des Münchner Stadtrates vom 23.06.2010, „Münchner Gesamtplan II, Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe, Paradigmenwechsel „Wohnen statt Unterbringen", Erfahrungsbericht und Fortschreibung des Beschlusses der Vollversammlung vom 08.10.2008", genannten Gründen, konnten seit 2005 bisher durchschnittlich 79 Wohnungen fertiggestellt werden. Da in der Bauträgerauswahl die Zielzahl von 125 Wohneinheiten (WE) nahezu erreicht wurde, wird es zu hohen Fertigstellungszahlen in den Jahren 2012 und 2013 kommen, so dass dann der Schnitt den Programmzielen entsprechen wird.

Frage 3:
Wie entwickelten sich die stadtseitig aufgewendeten Mittel für KomPro seit 2001 (bitte anhand der einschlägigen Etatposition/Produktziffern im Stadthaushalt darstellen!)?

Antwort:
Zwischen 2002 und 2010 wurden für 915 WE (435 fertiggestellt, 580 in Bau und Planung) für das Programm 95,3 Millionen Euro an Fördermitteln ausgegeben.

Frage 4:
Wie viele Personen leben gegenwärtig (ggf. Stichdatum 31.12.2010) insgesamt in KomPro-Wohn- und Unterbringungsanlagen?

Antwort:
In 435 Wohneinheiten, gefördert nach dem Sozialwohnungsteilprogramm KomPro/B, leben ca. 1.500 Personen.

Frage 5:
Wie hoch liegt gegenwärtig der Anteil von

- *Ausländern*
- *Asylbewerbern*
- *allgemein Personen mit „Migrationshintergrund"*

an den im Rahmen von KomPro unterstützen Personen?

Antwort:
Der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern in Sozialwohnungen liegt bei ca. 30%. Haushalte aus EU-Staaten sowie Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft werden statistisch nicht erfasst. Asylbewerberinnen und Asylbewerber haben keinen Anspruch auf eine geförderte Wohnung.

Frage 6:
Laut StR-Beschlussvorlage Nr. 08-14 / V 05814 ist das Kommunalreferat beauftragt, nach Auslaufen des „KomPro"-Programms im Jahr 2011 den Verkauf der KomPro-Wohn- und Unterkunftsanlagen an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften vorzubereiten. Sind ggf. Nachfolgeprogramme für „KomPro" unter Regie der städtischen Wohnungsbaugesellschaften vorgesehen?

Antwort:
Für das kommunale Wohnungsbauförderprogramm (KomPro/A, Kompro/B und Kompro/C) können sich städtische und nicht-städtische Wohnungsunternehmerinnen und Wohnungsunternehmer bzw. Investorinnen sowie Investoren bewerben. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften besteht die Möglichkeit der Direktvergabe. Bewilligungen werden nach Antrag durch die Bewilligungsbehörde der Stadtverwaltung nach den Konditionen ausgereicht, die der Stadtrat im Beschluss „Wohnen in München IV" verabschiedet hat. Bisher war auch das Sozialreferat Eigentümer von KomPro-Wohnhäusern, die von städtischen Wohnungsbaugesellschaften verwaltet wurden. Nach dem genannten Beschluss werden die Gesellschaften nun auch Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Anwesen. An der Programm-Regie und der Konzeption ändert sich nichts.

Eine zweite Synagoge für München – was gibt es Neues?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.8.2011

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 01.08.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Planungsreferat wie folgt beantwortet wird:

In Ihrer Anfrage bezogen Sie sich auf vergangene Berichte über Pläne für eine von Herrn Daniel Libeskind zu gestaltende zweite Münchner Synagoge mit dem Standort an der Reitmorstraße im Lehel. Laut Presseberichten im Mai diesen Jahres wurden seitens des Referates für Stadtplanung und Bauordnung Aussagen getätigt, dass es für ein neues Synagogenprojekt keinen „gültigen Bebauungsplan" gibt und dass für einen derartigen Bebauungsplan ein Stadtratsbeschluss und ein belastbares Finanzierungskonzept der jüdischen Gemeinde erforderlich sei. Angesichts der vorangerückten Zeit erkundigten Sie sich nach dem aktuellen Stand des Projektes.

Frage 1:
Ist die liberale jüdische Gemeinde mittlerweile mit konkreten Standort- und/oder Unterstützungswünschen für das Libeskind-Synagogenprojekt an die Stadt herangetreten? Wenn ja, wann und wie?

Antwort:
Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung liegt derzeit kein konkreter Standort- und/ oder Unterstützungswunsch für eine Nutzung als Synagoge vor.

Frage 2:
Inwieweit hat die liberale Gemeinde mittlerweile ein „belastbares Finanzierungskonzept" vorgelegt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Welche Position vertritt der BA 1 Altstadt - Lehel bezüglich des von der liberalen Gemeinde als Synagogenstandort ins Gespräch gebrachten Grundstücks an der Reitmorstraße? Gibt es inzwischen alternative Standortüberlegungen?

Antwort:
Nachdem, wie unter 1. dargestellt, keine Anfrage vorliegt, gibt es keine Veranlassung für eine Beteiligung des Bezirksausschusses. Alternative Standortsuchen sind dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung nicht bekannt.

Muslimische Gräber auf Münchner Friedhöfen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.8.2011

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:
„Einem Bericht der Münchner Lokalpresse war vor geraumer Zeit zu entnehmen, dass es auf Münchner Friedhöfen derzeit knapp 1.000 muslimische Gräber gebe. Der Bedarf sei aber „stark steigend – mehr als 800 Plätze werden neu angelegt". Zudem bemühe sich die Stadt München „seit längerem", den Sargzwang in Bayern für Muslime zu lockern (Angaben nach: *www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.muenchen-bestattungen-in-muenchen:-der-trend-geht-zur-urne.477cf7bf-64ee-41c7-b585 b32cd9ae4936.html*; 03.08.2011)."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin gestellten Fragen kann ich wie folgt beantworten:

Frage 1:
In welcher Weise bemüht sich die Stadt München beim Freistaat, den Sargzwang für Muslime auf Friedhöfen zu lockern? Mit welchem Erfolg? Gibt es Zusagen vonseiten des Freistaates?

Antwort:
Es gibt aktuell keine Bemühungen der Stadt München beim Freistaat den Sargzwang für Muslime auf Friedhöfen zu lockern.

Frage 2:
Auf welchen Münchner Friedhöfen befinden sich derzeit wie viele muslimische Gräber? In welchem Umfang war es nötig, für Ihre Anlage christliche Gräber aufzulassen?

Antwort:
Auf den nachfolgend aufgeführten Friedhöfen befinden sich Gräberfelder bzw. Teile für die muslimische Bevölkerung Münchens:

Waldfriedhof:	243 Gräber
Neuer Südfriedhof :	490 Gräber
Westfriedhof:	773 Gräber
Gesamt:	1.506 Gräber

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Grabfelder, auf denen noch keine Beisetzung stattfand.

Frage 3:
Auf welchen Münchner Friedhöfen sollen die erwähnten „mehr als 800" neuen Liegeplätze angelegt werden? In welchem Zeitraum?

Antwort:
Die in der Presse zitierte Zahl von „mehr als 800" neuen Gräbern für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger stammt vermutlich aus dem Beschluss der Vollversammlung vom 26.01.2011 zur Fortschreibung des Konzeptes zur Friedhofsplanung. In der darin enthaltenen Gräberbedarfsprognose werden unter Ziffer 4.4.2 (Bestattungsplätze für Muslime) 824 geplante Gräber für Muslime angegeben. Sie verteilen sich wie folgt:

Westfriedhof:	324
Waldfriedhof, Neuer Teil:	100
Neuer Südfriedhof:	rund 400

Frage 4:
In welchem Umfang ist es derzeit auf Münchner Friedhöfen ggf. bereits Praxis, dass muslimische Verstorbene unter Umgehung des geltenden Sargzwangs nur in einem Tuch bestattet werden? (Ggf. bitte näherungsweise Bestattungszahlen angeben).

Antwort:
Die Städtische Friedhofsverwaltung beachtet gemäß dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung den geltenden Sargzwang. Dies gilt auch für die Bestattung muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 8. September 2011

Pflegehierarchie neu organisieren und infolge Fachkraftquote verringern?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Prinzessinnengarten für München
Antrag Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
08.09.2011

Pflegehierarchie neu organisieren und infolge Fachkraftquote verringern?

In der Fachzeitschrift CAREkonkret (die Wochenzeitung für Entscheider in der Pflege) vom 5. August 2011 äußert sich Sozialreferentin Brigitte Meier zu einer möglichen Neuorganisation der Pflegehierarchie. Den beiden Qualifikationsstufen der Hilfskräfte und Fachkräfte soll eine weitere Stufe übergeordnet werden. Vorgestellt sind hoch qualifizierte Pflegekräfte mit einem praxisorientierten Bachelorstudiengang. Sie sind nicht auf die administrativen Aufgaben beschränkt, sondern agieren als Pflegeprozessmanager „am Bett“ und haben die Bewohner ganzheitlich im Blick. In diesem Beitrag favorisiert die Sozialreferentin diese Funktionsteilung und führt aus, dass sie den Schritt auch in der Praxis als bundesweite Vorreiterin wagen will. Das so bezeichnete „Münchner Modell“, welches als Pilotprojekt in der Münchenstift gGmbH umgesetzt werden könnte, würde eine Fachkraftquote unter 50 % erlauben. Möglich wäre dies aufgrund der verstärkten Professionalisierung an der Spitze durch den Einsatz von studierten Prozessmanagern.

Ich frage daher:

1. Inwieweit entspricht es dem Mitwirkungsrecht des Stadtrats und der zuständigen Gremien, beispielsweise dem Aufsichtsrat der Münchenstift gGmbH, dass so weitreichende Maßnahmen wie eine Neuorganisation der Pflegehierarchie und ggf. Reduzierung der Fachkraftquote bereits als offensichtlich geplant in einer Fachzeitschrift dargestellt werden, bevor die städtischen Gremien damit befasst wurden?

2. Welche Reaktion der breiten Öffentlichkeit wird auf die Reduzierung der Fachkraftquote und der Etablierung einer zusätzlichen hierarchischen Ebene erwartet angesichts der derzeit geführten Diskussion um eine oftmals mangelnde Qualität in der Pflege älterer Menschen?

3. Wäre sichergestellt, dass mit dieser zusätzlichen Hierarchiestufe keine weiteren bürokratischen Hürden geschaffen werden, auch mit der Folge weiterer Kosten?

4. Wer zeichnet am Ende verantwortlich für die Erhaltung der Pflegequalität und welcher Standard an Pflegequalität wird als Maßstab zu Grunde gelegt?

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Marian Offman; Nederlingerstr. 61; 80638 München, email: marian@offman.org wzim.de

5. Wie können gerade angesichts des vorhandenen Fachkräftemangels ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die neue Stufe in der Hierarchie gewonnen werden? Gibt es dazu einschlägige Kostenrechnungen als Diskussionsgrundlage mit den Pflegekassen?

6. Wie ist der "Pflegeprozessmanager“ im Kontext mit der involvierten Ärzteschaft zu sehen?

gez.
Marian Offman
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 8.9.2011

Prinzessinnengarten für München

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

In München werden nach dem Vorbild der Prinzessinnengärten in Berlin Brachflächen - z.B. die noch nicht bebauten Kasernengelände- temporär für Gemeinschaftsgärtner zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Nomadisch Grün hat im Juli 2009 am Moritzplatz in Kreuzberg eine 6000 qm große Brachfläche von der Stadt Berlin gemietet und sie in eine ökologische und soziale urbane Landwirtschaft verwandelt. Der Pachtvertrag gilt immer nur für ein Jahr. Deshalb bauen die Hobbygärtner in der Hauptstadt ihr Obst und Gemüse in Säcken, Kisten und Kartons an. Die Idee dazu brachte Mitbegründer Robert Shaw aus Kuba mit. Dort ermöglichen Organopónocos – Hochbeete gefüllt mit Erde und Kompost – urbane Landwirtschaft auch auf unfruchtbarem Boden. Der Prinzessinnengarten (www.prinzessinnengarten.net) erhält keine Zuschüsse, er verdankt sein Entstehen dem uneigennützigen Engagement von Hunderten von Helfern, Unterstützern, Spendern und Freunden. Gemeinsam haben sie einen Garten geschaffen, der allen offen steht. Der so entstandene Prinzessinnengarten produziert nicht nur lokal Lebensmittel, er schafft auch einen Ort neuen urbanen Lebens, an dem wir gemeinsam mit Nachbarn, Interessierten und Freunden arbeiten, lernen und entspannen.

Fraktion
Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Stadträtin

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de